

Protokoll

über die Konferenzsitzung des Landtages vom 12. März 1942

Anwesend alle Abgeordneten.

Reg. Vertreter Reg. Chef Dr. Hoop und Dr. Vogt

Beginn 9 Uhr.

1. Genehmigung des Geschäftsberichtes der Sparkasse.

Nach Kenntnisnahme des Berichtes und der beantragten Genehmigung und Entlastung durch den Aufsichtsrat wird der Geschäftsbericht der Sparkasse für 1941 mit der beantragten Gewinnverteilung bei 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

2.) Wahl des Verwaltungsrates der Sparkasse.

Kindle übr Kritik, dass dieser Punkt auf der Tagesordnung nicht figuriere und doch zur Behandlung komme. Man sollte solche Sachen vorher bekanntgeben.

Nachdem seitens der Sparkasse der Wunsch ausgesprochen wurde, den heutigen Verwaltungsrat in globo wieder zu wählen und seitens der Fraktionen keine Änderungen gewünscht werden, ~~MM~~ wird der heutige Verwaltungsrat in seiner bestehenden Zusammensetzung in globo auf eine weitere Amtsdauer von 4 Jahren mit einer Stimmenthaltung wieder neu gewählt.

3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission.

Präsident sieht vor, denselben vervielfältigen und jedem Abgeordneten zum Studium zugehen zu lassen.

4.) Einbürgerungsgesuche a/ Schuler A. Balzers u. Gemeiner K. Schaan

Reg. Chef erwähnt, dass Schuler eine Wiedererwägung anstrebe und die Gebühren erhöht habe, um eventuell~~l~~ Konsequenzen zu verringern.

Dr. Schädler verweist auf die Bedenken der ersten Behandlung, nämlich dass es zu aussenpolitischen Schwierigkeiten führen könnte. Das treffe auch bei Gemeinder zu. Das Gesuch sei also abzulehnen, um nicht aussenpolitische Komplikationen zu gewärtigen.

Kindle glaubt, dass im Falle der Aufnahme dieser Bürgerrechtswerber noch mehr Gesuche kommen werden. Wenn man einen nehme, müsse man alle nehmen.

Risch gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, dass nicht so viele kommen werden. Wenn man nur alle Jahre 1-2 solche einbürgere, werde das auch aussepolitisch keine Wellen werfen.

Dr. Vogt glaubt, dass bei solchen Leuten, die hier aufgewachsen seien, die Summe des Geldes keine ausschlaggebende Rolle spielen dürfe. Man müsste gewisse Richtlinien für die zukünftige Einbürgerung aufstellen. Der Landtag müsse eine grundsätzliche Stellung einnehmen. Die bisherige Einbürgerungspraxis sei aus der Finanzlage des Landes herausgewachsen, sie sei unmoralisch gewesen.

Bühler ist nicht der Meinung, dass eine massenweise Einbürgerung zu gewärtigen sei, weil ein Hindernis in den Gemeinden bestehe. Um jeden Preis werden Neubürger nicht aufgenommen. Er glaube auch, dass sich das deutsche Reich keine Gedanken machen über unsere Einbürgerungen. Aus diesen Ueberlegungen heraus und weil sich diese Leute sichtbar anstrengten, das Aeusserste zu geben, glaube er, dass man auf die Sache eintreten könnte.

Brunhert Heinr.: hält es für ungerecht, wenn man dann Minderbemittelte ablehnen würde. Ihm sei ein 3. Fall schon bekannt, der kommen werde.

Dr. Schädler glaubt, dass man das Motiv der Einbürgerung nicht unberücksichtigt lassen dürfe, dass man sich nämlich um die Militärflicht herumdrücken wolle. Ich kann mit der Meinung nicht einverstanden sein, dass keine aussenpolitische Komplikationen entstehen werden. Liechtenstein dürfe sich nicht dazu hergeben, ein Refugium für Deserteure aufzurichten. Derjenige, der weniger bieten könne, sei moralisch soviel wert. Er erblicke die Möglichkeit einer aussenpolitischen Komplikation und warne, einen Schritt zu tun, der sich für das Land ungünstig auswirke.

Reg. Chef glaubt, dass die Ausführungen von Dr. Schädler Berechtigung haben. Man wisse effektiv nicht, wie das aufgefasst werden könnte. Aussenpolitische Schwierigkeiten mit dem Deutschen könne aber könne man sich nicht leisten. Er beantragt Verschiebung und Abklärung der Bedenken.

Präsident hält diesen Weg der Abklärung mit den deutschen Behörden für zweckmässig.

soll sie der Regierung Antrag auf Auszahlung des Betrages stellen.
Wenn ernste Bedenken beständen, würde die Sache nochmals im Land-
tage behandelt werden.

Diesem Antrage wird seitens des Landtages ~~unanimig~~ ^{mehrheitlich} zugestimmt.

6. Wahl des Staatsgerichtshofes.

Mit einer Stimmenthaltung werden auf die neue Amtsperiode
in den Staatsgerichtshof gewählt:

MMM. Präsident: Fl. Rat Josef Ospelt, Vaduz

Vizepräsident: Dr. Otto Schädler, Vaduz

Richter: Dr. Franz Josef Erne, Feldkirch

Dr. Theo Klingler, Gossau

Lehrer David Beck, Ebenholz

Josef Marxer, Eschen 107

Ersatzrichter: Dr. Vinzenz Albrecht, Feldkirch

Dr. Lehnherr, Altstätten

Joh. Georg Helbert, Eschen

Wilhelm Mehr, Schaan

7. Einführung eines zahnärztlichen Schuldienstes.

Der Landtag ist einstimmig für eine ~~zahnärztliche~~ ^{zahn} Untersuchung
der Schulkinder und bewilligt für die Untersuchung einen Landes-
kredit von Frs. 2000.-. Die Kosten der zahnärztlichen Behandlung
wäre Sache der Eltern der Kinder.

8. Gesuch der Kurhäuser auf Einführung eines Moratoriums.

Dr. Vogt referiert über die gepflogenen Erhebungen und glaubt,
dass ein Moratorium keinem etwas nütze. es sei keine definitive
Lösung. Die Sicherheiten für das Land im Falle eines Entgegenkom-
mens seien gerade bei jenen, denen man am meisten Zinsen bezahlen
müsste, sehr problematisch.

Der Landtag ist nach Kenntnissnahme der Unterlagen und mit
Rücksicht darauf, dass es schwer eine befriedigende Lösung ge-
be und andererseits die grössten Konsequenzen aus anderen
notleidenden Gewerben nach sich ziehen würde, für Verschiebung
der Beschlussfassung.

Schluss der Sitzung 12 Uhr.

23
